

«Diejenigen, die in der Kollektivversicherung waren, werden mehr zahlen»

Interview mit Regierungschef Mario Frick zu BND-Dossier, zum Verhältnis zum Fürsten, Telefonie und Gesundheitsreform

ter Sicherheit ausschliessen. Bei den einzelnen Firmen sind Abklärungen bezüglich Preisstruktur im Gange. Diese Resultate werden uns die nötige Klarheit geben, welche weiteren Schritte wir unternehmen müssen.

Das KVG ist sicher kein Lex Konkordia oder Lex LKK

Der Preisunterschied zwischen der Schweiz und Liechtenstein ist enorm angestiegen. Es wird von den beteiligten Firmen jetzt schon angedeutet, dass solch tiefe Preise, wie es sie jetzt schon in der Schweiz gibt, bei uns nie machbar seien. Sind Sie immer noch überzeugt, dass Ihre diesbezügliche Politik die richtige ist?

Ja, das bin ich was die Grundzüge anbelangt. Wir müssen dies als Ganzes betrachten. Die Frage war: Lassen wir uns von der Schweiz aus bewirtschaften? Dies hätte einige Vorteile. Zum Beispiel hätte man keinerlei Probleme, man profitiert vom Wettbewerb, man hätte mehr Leistungen und alles funktioniert sofort. Doch dann kommt die nächste Frage: Soll alles, was in den nächsten Jahren in der Telekommunikation geschehen wird, und das wird einiges sein, für uns von schweizerischen Unternehmen gemacht werden oder wollen wir bei uns etwas aufbauen? Haben wir überhaupt die Chance hierzu? Ich behaupte: ja. Dies bedingt, dass wir ein eigenständiger Platz mit eigener Landeskennzahl sein müssen, damit wir wahrgenommen werden. Zudem sollte es ein liberaler Markt sein, damit wir attraktiv sind. Wir mussten gleichzeitig darauf achten, dass die Grund-



Mario Frick in Sachen Telefonie: «Subventionen wären das letzte Mittel. Ich hoffe, das es nicht nötig wird. Ich kann es aber nicht mit absoluter Sicherheit ausschliessen.»

Das muss vor allem die Post AG der Bevölkerung klar machen. Vorher hatten wir mit der Schweizer Post einen Monopolisten in diesem Bereich. Wir hatten pro Jahr ein Minus von rund 4 Millionen Franken! Durch die neue Strukturierung hat sich für den Konsumenten nichts geändert. Der Staat hat jedoch kein Minus mehr. Das heisst: Es wurde qualitativ nicht schlechter und wir sparen 4 Millionen. Jetzt kommen

Sie sagen, es gebe keinen Qualitätsverlust. Ich habe jedoch gehört, dass beispielsweise Express-Pakete nach Feldkirch länger brauchen würden als zu Zeiten der Schweizer Post. Das ist doch ein Qualitätsverlust oder nicht?

Dies ist für mich absolut neu. Dies wäre in einer Einzelfrage ein Qualitätsverlust. Ich habe gehört, dass es in anderen Bereichen Probleme gab, die jedoch mit der Schweizer Post in Verbindung stehen. Ihr Beispiel ist mir jedoch nicht bekannt. Hierzu wird die Post AG Stellung beziehen.

Mir war bewusst, dass das KVG einen gewissen Verwaltungsaufwand bedingt

Nochmals ein Themawechsel: Der Exodus an Krankenkassen hält an. Der Rückzug der CSS scheint nur noch Formsache zu sein. Mal ehrlich Herr Regierungschef: Haben Sie diese Entwicklung mit dem neuen KVG wirklich in Kauf genommen oder wurden Sie ebenfalls überrascht?

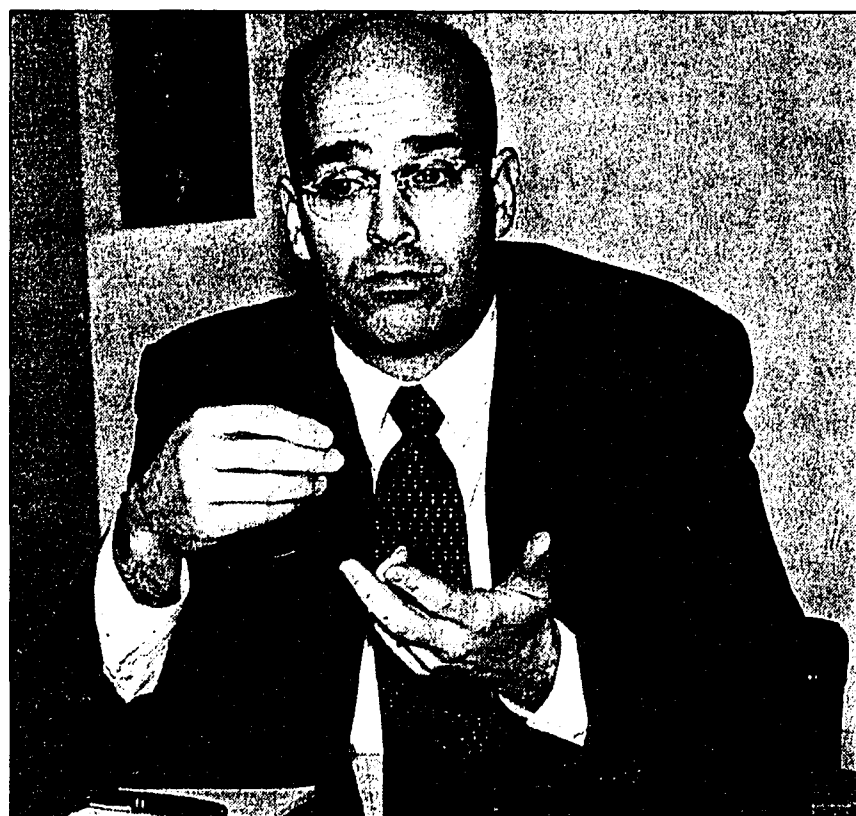
Als wir die Reform diskutierten, habe ich mir keine grossen Gedanken gemacht, welche Auswirkungen das neue KVG auf ausländische Versicherungen hat. Mir war bewusst, dass das KVG einen gewissen Verwaltungsaufwand bedingt. Deshalb hat man das Inkrafttreten des Gesetzes erst auf den 1. April 2000 gesetzt. Die Versicherungen brauchten Zeit für die Vorbereitungen. Dass jetzt die CSS Liechtenstein verlassen wird, überrascht mich. Ich finde es schade. Ich hätte gerne zwei, drei oder vier grosse Krankenkassen in Liechtenstein gehabt. Konkurrenz belebt immer das Geschäft. Ich erachte es jedoch für wichtiger, dass wir ein KVG haben, das den liechtensteinischen Bedürfnissen gerecht wird und die extremen Kostensteigerungen brechen kann. Ich hatte den Eindruck, dass eher die kleineren Krankenkassen die Tendenz haben, das neue KVG nicht zu übernehmen, da es für sie zu kompliziert wäre, nach zwei verschiedenen KVGs – nämlich dem liechtensteinischen und dem schweizerischen zu arbeiten. Dass es die CSS macht, überrascht mich. Da spielen wohl auch andere Gründe mit.

versicherungsart. Man machte erhebliche Reduktionen bei den Prämien. Dies jedoch zulasten der Solidarität und auch zulasten einer finanziellen Sicherheit. Es ist kein Geheimnis, dass die verschiedenen Versicherungen finanzielle Verluste auf sich nehmen mussten. Das Kollektivsystem ist nicht solidarisch, weil die guten Risiken bevorzugen werden. Dies bedeutet, dass diejenigen, die in der Kollektivversicherung waren, in Zukunft etwas mehr zahlen müssen. Aber: Es werden mit dem Gesetz Entlastungen kommen – wegen dem Hausarztmodell, wegen der Kostenbefreiung (Grundprämie) der Kinder und wegen der besseren Kostenkontrolle. Mit dem Hausarztmodell ist auch eine Kontrolle der Ärzte verbunden. Auch im Gesamtsystem wird es zu einer Dämpfung der Kosten kommen – wegen der Kostenbeteiligung. Unter dem Strich wird sich dies entsprechend auswirken – nicht sofort, aber sicher binnen einem Jahr nach Inkraft-Treten.

Diejenigen, die in der Kollektivversicherung waren, müssen in Zukunft mehr zahlen

Ich möchte noch kurz auf die anstehende Volksabstimmung zum preiswerten Wohnungsbau eingehen. Mit welchen Hoffnungen steigen Sie in den Abstimmungskampf?

Es wird ein schwerer Abstimmungskampf. Das Gesetz an sich ist ein gutes Gesetz. Dies sagen auch die Initianten des Referendums. Diese sind der Meinung, dass der Staat mehr Geld ausgeben soll. Die Befürworter des Gesetzes, und zu denen gehöre ich, sagen, dass wir eine Verantwortung haben, damit sich die Leute nicht überschulden. Mit diesem Gesetz haben wir eine Garantie und eine Steuerung, damit man nicht in die Überschuldung hineinkommt. Auch wenn die Hypo-

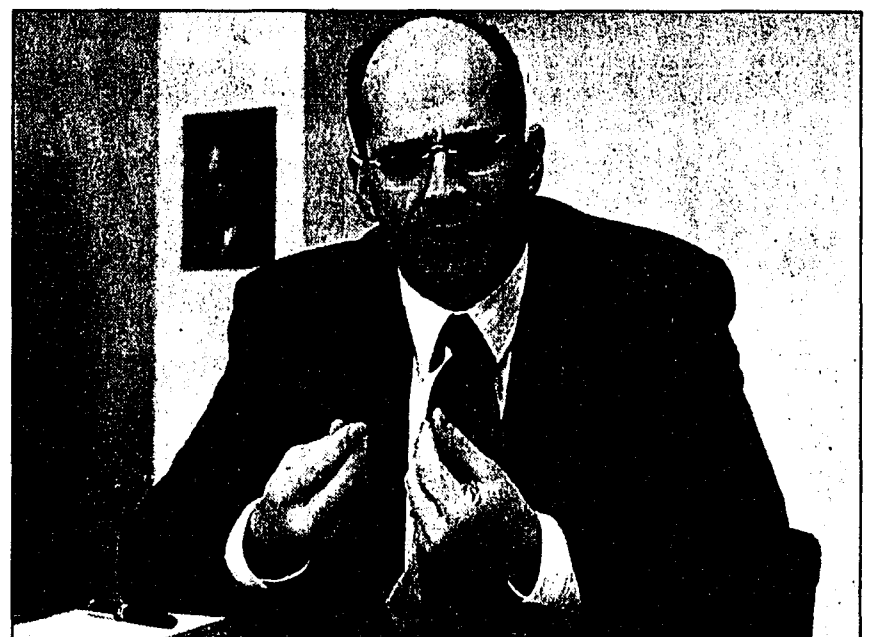


Regierungschef Mario Frick zur Gesundheitsreform: «Als wir die Reform diskutierten, habe ich mir keine grossen Gedanken gemacht, welche Auswirkungen das neue KVG auf ausländische Versicherungen hat.»

versorgung im Festnetz geregelt ist. Hierbei haben wir einiges zu kompliziert gemacht. Die Kritik zu diesem Problem habe ich annehmen müssen. Da wurden Fehler gemacht, das gebe ich offen zu. Hier wird auch einiges noch passieren.

Die Liberalisierung bei der Post geht in eine ähnliche Richtung. Die Post AG machte eine Ankündigung, die meines Erachtens nicht nachvollziehbar ist. Die Gebühren sollen erhöht werden, die A- und B-Post sollen beibehalten werden. Das heisst: Wir zahlen für einen Brief von Vaduz nach Genf den gleichen Preis wie für einen Brief von Vaduz nach Schaan. Wir haben doch eine eigenständige Post. Wie wollen Sie diese Ankündigungen der Bevölkerung erklären?

die nächsten Schritte. Man muss sich vor Augen führen, dass die Post AG jetzt zuerst ins Laufen kommen muss. Ich hoffe, dass sie auf dem internationalen Markt ebenfalls etwas machen wird. Zuerst muss sie aber Boden unter die Füße bekommen und die Basis für zukünftige Investitionen schaffen. Das bedeutet, dass sie sich zu Beginn mit der Schweiz im Gleichschritt bewegen muss. Diese Geduld müssen wir haben. Ich bin überzeugt, dass in den nächsten Jahren Differenzierungen kommen werden. Wenn man von den Gebühren redet, muss man die internationalen Vergleiche betrachten. Postdienste sind in der Schweiz und in Liechtenstein absolut top. Das Preis-Leistungs-Verhältnis ist hervorragend. Dies wird oft übersehen.



Regierungschef Mario Frick führt im Interview aus, dass er sich auf einen schweren Abstimmungskampf in Sachen preiswerter Wohnungsbau einstellt.

spricht, die Ärzte zu mehr Verantwortung zwingt und die Kostensteigerung bremst. Ich meine, dass unser KVG jeder Versicherung, die bereit ist, sich auf das Gesetz einzulassen und sich auf den Platz Liechtenstein konzentriert, die Möglichkeit bietet, damit vernünftig und gut zu überleben. Man muss es jedoch wollen. Wenn eine Schweizer Versicherung den Platz Liechtenstein einfach «mitnehmen» möchte, funktioniert dies nicht.

Ein weiterer negativer Punkt ist die Abschaffung der Kollektivversicherung. Dies wird zu einer Kostensteigerung für die Versicherten führen. Es passiert also genau das Gegenteil von dem, was Sie versprochen haben, oder nicht?

Die Kollektivversicherung ist, wenn man es genau nimmt, eine spezielle

thekarzinse wieder auf 5,5 Prozent ansteigen sollten, sollten die Personen die Kosten ertragen können. Wenn man teurer bauen darf, wachsen den Leuten die Schulden über den Kopf. Das ist die Gretchenfrage: Sagt man, dann geschieht das eben? Damit habe ich Mühe und ich finde es nicht verantwortbar. Wenn man Verantwortung tragen will, muss man das Gesetz annehmen. Der zweite Punkt: Im neuen Gesetz ist der gemeinnützige preiswerte Wohnungsbau integriert. Damit könnte vielen Leuten geholfen werden. Dieser würde ebenfalls wegfallen, wenn das Referendum eine Mehrheit bekäme. Ich hoffe, dass sich diese Argumente durchsetzen. Mir ist bewusst, dass es sehr, sehr schwierig wird.